



Ercheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Einzelgenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 16 Pfg., Retikolen 80 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenaufnahme 9 Uhr vormittags. Fernsprenger 9.

Dienstag, den 26. November 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn Mt. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortverkehr Mt. 2.15, im Fernverkehr Mt. 2.25, Beleggeld in Württemberg 30 Pfg.

Die Reichskonferenz.

Zu der ersten Konferenz der neuen Regierungen der deutschen Bundesstaaten waren etwa 70 Vertreter aus allen Bundesstaaten erschienen, um zu den Hauptfragen des neuen Reichs, dem Frieden und der gesetzgebenden Versammlung, Stellung zu nehmen. Nachdem Ebert die Versammlung begrüßt und auf die vorbereitenden Maßnahmen zur Sozialisierung unserer Volkswirtschaft hingewiesen hatte, die sich nicht auf einzelne Fabriken, sondern auf ganze Gruppen erstreckte, und nachdem er mitgeteilt hatte, daß das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung genommen werde, äußerte sich Staatssekretär Solf über unsere Beziehungen zu den Gegnern und den östlichen Nachbarn. Er stellte die Lage als äußerst gefährlich dar, wegen des brutalen Vernichtungswillens unserer Feinde und wegen der Trennungsbestrebungen i. Innern. In Amerika herrsche Siegesstimmung, in England Siegesjubel und in Frankreich Siegestaumel. Es scheine als wolle Frankreich keinen Frieden, weil es hoffe, durch Trennung der Einzelstaaten das deutsche Reich wieder zu zerstören.

Zur Lage im Osten bemerkte der Staatssekretär, daß die polnische Regierung friedliche Beziehungen mit Deutschland anstrebe, daß die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland bald aus sein werde, und daß die Ukraine sich wahrscheinlich wieder als freier Bundesstaat an Rußland anschließen werde. Er vertrat die Anschauung, daß unsere heutigen inneren Verhältnisse alle Friedenshoffnung zerstören, und verlangte deshalb, daß ein baldiger Termin für die Nationalversammlung festgelegt werde, daß keine Nebenregierung vorhanden sei, und daß die Nationalversammlung nicht in Berlin tage. Staatssekretär Erzberger erstattete Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen. Er sprach Zweifel an der Möglichkeit aus, die Räumungstermine einzuhalten und teilsüchten, die Entente suche einen Grund, um in Deutschland einzurücken. Deshalb müsse so schnell wie möglich der Vorfrieden geschlossen werden. Der durch das Botum der Straße an die Öffentlichkeit geschleuderte bairische Ministerpräsident Eisner, der nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nach der noch zu gründenden zionistischen Republik Palästina gehören würde, und sich dort vielleicht, große Verdienste erwerben könnte, meinte, die beiden Staatssekretäre Solf und Erzberger seien von den neuen Tatsachen der Revolution noch unberührt geblieben. Den Frieden erreiche man nur, wenn man völlig unkompromittierte Männer zu den Verhandlungen mit der Entente entsende. Solf und Erzberger und ihresgleichen seien das nicht. Die zweite Forderung der Entente sei, an der Spitze der deutschen Regierung Männer zu setzen, die das Vertrauen der Massen besitzen. Man soll einmal die Nationalversammlung einberufen, dann wird man sehen, welche Männer von dem Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes getragen sind, jedenfalls nicht solche Männer wie Kurt Eisner, der durch zusammenhanglose Veröffentlichungen diplomatischer Akten über die Haltung unserer Regierung anlässlich des serbisch-österreichischen Konflikts den Beweis erbringen will, daß die Mittelmächte die Schuld am Kriege tragen. Was Herr Eisner ohne Rücksicht auf die Folgen für das deutsche Volk mit diesen Veröffentlichungen bezweckt, ist klar. Er will das Volk gegen die früheren Machthaber aufheizen. Aber aus den Akten, die die ganze simple Denk- und Handlungsweise unserer Diplomatie vor dem Kriege kennzeichnen, geht nur hervor, daß man in Berlin und Wien endlich erkannt hatte, daß die Mittelmächte schon so umstellt waren, daß ihnen nichts mehr helfen konnte, und daß ihnen die gewalttätige Lösung aufgezwungen werde. Man hat das ja dann gesehen, als Oesterreich-Ungarn an Serbien das Ultimatum stellte, daß sich Rußland sofort vor Serbien stellte, Frankreich fest zu Rußland hielt, und England die Hilfe unbedingt zugesagt hatte. — Wegen Serbien? — Nein, um den österreich-ungarischen Staat zu zerschmettern und Deutschland dann um so leichter niederwerfen zu können, das Deutschland, das auch den Bestand der von der Entente dem Tode geweihten Türkei garantierte.

Die Verhältnisse im Reich.

Das Ergebnis der Reichskonferenz.

* Die gestrige Reichskonferenz, an der die Vertreter sämtlicher Bundesstaaten teilnahmen, hat folgende Entscheidung als Ergebnis ihrer Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich entschieden, im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorberatungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A.-u.-S.-Räte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Scheidemann für die Einheit des Reiches.

Berlin, 24. November. In einem Leitungsatz des „Vorwärts“, der als Einleitung zu den hier beginnenden Verhandlungen der einzelstaatlichen Regierungen gedacht ist, tritt Volksbeauftragter Scheidemann mit ernstem Nachdruck und starken Gründen für die Einheit des Reiches ein. Er verweist darauf, daß gestern in Straßburg Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung der Franzosen stattgefunden haben sollen, deren Gegenstand die Schaffung einer Republik der süddeutschen Staaten und des Rheinlandes gewesen sei, und daß diese Verhandlungen im Zusammenhang stehen mit der unheilvollen Agitation der Spartakusgruppe. Scheidemann betont dann noch, daß der Bolschewismus das unglückliche Rußland voll zugrunde gerichtet hätte, daß Rußlands Handel und Industrie ruiniert sei, und daß der russische Industrialismus doch nichts bedeute im Vergleich mit Deutschlands hochentwickelter Wirtschaft. Es sei Unfönn, zu behaupten: „Bolschewismus ist Sozialismus“. Bolschewismus ist Desorganisierung der Arbeit und, weil nur die Arbeit Werte schafft, Verelendung.

Dann wendet Scheidemann sich direkt an Süddeutschland und sagt: „Wir können es verstehen, wenn in den süddeutschen Staaten die Tendenz einer Trennung von Preußen durchbricht. Wir halten es aber für unsere Pflicht, dieser Trennung auf das entschiedenste entgegenzuwirken. Frankreich wünscht den Verfall des Reiches, das ist beargwöhlich. Die wertvollste Errungenschaft des Deutsch-Französischen Krieges von 1870-71 war die Gründung des Reiches. Damit hörte die politische und wirtschaftliche Krähnwinkel in den deutschen Landen auf. Die Bahn wurde frei für einen wirtschaftlichen Aufstieg, der gerade beispiellos war. Wenn wir politisch nicht Schritt hielten, so deshalb weil in erster Linie das Bürgertum verlagte. So bildete sich eine Herrenkaste, die das Reich in den Abgrund führte. Nun heißt es retten, was zu retten ist, nicht aber davonzulassen in der irrigen Annahme, daß damit irgend etwas gewonnen werden könnte. Es wäre geradezu unerträglich, daß Deutschland sich nach nahezu 50jährigem Bestand in kleine Staaten auflöst, während alle übrigen Völker der Welt die letzte Kraft aufbieten, um ihre Volksgenossen einheitlich zusammenzuführen. Und warum schließlich die Trennung? Weil die neue Regierung, die eine jüchterliche Erbschaft hat antreten müssen, in 2 Wochen nicht hat schaffen können, was vielfach von ihr verlangt wird, weil die neue Regierung den Bolschewisten gegenüber die Mittel nicht anwendet, die von den Bolschewisten gegen sie zweifellos in Anwendung gebracht werden würden, wie sie in Rußland angewandt worden sind? Wer helfen will am Auf- und Neubau des Reiches, der stelle sich an die Seite der sozialistischen und republikanischen Regierung, die entschlossen ist, zu tun, was menschenmöglich ist, um unserem Volk wieder eine bessere Zukunft zu sichern.“

Eine unzweideutige Ablehnung des Radikalismus.

(WTB.) Berlin, 25. Nov. In Dresden fanden gestern die allgemeinen Wahlen zum A. u. S.-Rat statt. Nach den bisherigen Feststellungen des Wahlkomitees entfallen laut „Vorwärts“, von den abgewählten Stimmen 88 473 auf die sozialdemokratische Mehrheitspartei, 5500 auf die unabhängige Sozialdemokratie. Wahrscheinlich werde die Mehrheitspartei 47, die unabhängige Partei 3 Sitze im Arbeiter- und Soldatenrat erhalten. — Die „Morgenpost“ bezeichnet die Dresdener Zahlen als sehr reich. Sie beantworteten die Frage, wo die Massen ständen. Um das für die radikalsten Gruppen geradezu vernichtende Abstimmungsresultat richtig zu würdigen, müsse man berücksichtigen, daß das Königreich Sachsen stets als Hochburg der Unabhängigen gegolten habe.

Der Soldatenrat der 4. Armee gegen den Bolschewismus.

(WTB.) Krefeld, 25. Nov. In einem Telegramm des Soldatenrats der 4. Armee an den Reichskanzler Ebert heißt es u. a.: In Berlin wird das Gerücht verbreitet, die 4. Armee nehme den Kampf gegen die Revolution auf. Wenn unter Revolution die Diktatur der Minderheit der Bolschewisten verstanden wird, so deckt sich dieses Gerücht mit den Tatsachen. Die 4. Armee wird jeden Versuch, eine Diktatur zu errichten, mit allen Mitteln bekämpfen und erwartet von allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung des Reichskanzlers Ebert. Der S.-Rat von der 4. Armee spricht im Namen von 500 000 Frontsoldaten. Er wendet sich gegen die Herrschaft der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Feind ins Land zu rufen. — In unmittelbaren Kundgebungen wurde dem Reichskanzler dargelegt, die Front wolle der Regierung zur Seite stehen, aber sie verlange in Berlin gehört zu werden. Wer die Heimat verteidige, lasse nicht geschehen, daß ohne sein Zutun über sein Schicksal entschieden werde. Dies sei billiges Recht und nicht Revolution.

Der Rückmarsch unserer Truppen.

WTB. Ludwigshafen, 25. Nov. Der Durchzug der von Westen kommenden Truppen durch Ludwigshafen und der gleichzeitige Uebergang über den Rhein nahmen gestern ihren Anfang. Die Stadt hat reichen Flaggenschmuck angelegt. Eine überaus zahlreiche Menschenmenge durchflutet die Straßen. Die Truppen werden lebhaft begrüßt. Den ganzen Sonntagvormittag durchzogen österreichische Truppen die südliche Stadt. Die Truppen empfinden es doppelt angenehm, von der Einwohnerschaft mit heißen Getränken und Schwaren bewirtet zu werden. Gegen 1 Uhr mittags kamen deutsche Minenwerferabteilungen durch die Stadt. Alle Truppen nahmen ihren Weg durch die Nachbarstadt Mannheim, die gleichfalls im Festkleide prangt, nach Heidelberg, von wo sie teilweise mit der Bahn weiterbefördert werden. Die ganze nächste Woche werden weitere Truppeneinheiten durch die Stadt und über den Rhein erwartet.

Amerikanische Journalisten in Deutschland.

(WTB.) Berlin, 25. Nov. Auf der Durchreise von der Westfront nach Berlin weilten fünf amerikanische Journalisten in Frankfurt a. M. Bei der Zusammenkunft am Abend nach einem Besuch des A. u. S.-Rats sagte einer der amerikanischen Herren, wie verschiedene Morgenblätter berichteten: Sobald erst Amerika die Wahrheit und die Disziplin der deutschen Revolution erfahren hat, wird eine vollständige Sinnesänderung der Amerikaner eintreten. Die amerikanischen Korrespondenten würden in Berlin von Staatssekretär Scheidemann empfangen werden. — (Glaubt man in Deutschland wirklich, daß die Ententejournalisten — es sind auch englische in Berlin — zum Nutzen Deutschlands hier herumzuschweifeln?)

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Der Verlauf des deutschen Protestes an die Entente-Regierungen.

(WZB.) Berlin, 23. Nov. An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden: Im Vertrauen auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens hat sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Präsident Wilson gewandt. An Stelle des erwarteten, von den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit und dem Wunsche einer zukünftigen Versöhnung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und der Vernichtung geworden.

Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie sollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen das schwer gepörrte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dieses der Menschlichkeit höhnsprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet worden sein, dem Deutschen Reich den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr Stich hält, denn da deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung steht in der Aufrechterhaltung der harten Bedingungen ein Attentat gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schutz ziehen, daß es den Regierungen der Alliierten auf nichts anderes ankommt, als auf die Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes.

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen hat sich die deutsche Regierung wiederholt an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerke anfangen wollen.

Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gepeinigten und ermüdeten deutschen Truppen durch Nichterfüllung der unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und damit für die Alliierten einen Rechttitel zu schaffen für eine Fortsetzung des Krieges.

Wenn der Frieden als ein Rechtsfrieden geschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen der Friedenskonferenz in rechtlich kritischen Fragen nicht vorgegriffen werden.

Die deutsche Regierung muß diesen von dem Präsidenten Wilson aufgestellten Grundsätzen gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßregeln ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nicht-deutschen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarn gegen die Deutschen nichts anderes sind, als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen. Gegen alle diese Versuche, wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung den schärfsten Protest ein.

Aus der Bestimmung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Frieden von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann nur vorübergehend vergewaltigt werden.

Berlin, 23. November 1918.

gez.: Solff, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Bedingungsweise Zusage von Nahrungsmitteln.

(WZB.) Berlin, 25. Nov. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lanfing erhalten: In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. November hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen im obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Entschlusse den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden soll, um sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, und um die traurige Not zu erleichtern, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der brachliegenden Tonnage der Mittelmächte ermöglichen lassen sollte, der bedrohten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Landaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht. In diesem Falle beauftragt mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland wirklich die Ordnung aufrechterhalten wird und auch weiterhin aufrechterhalten bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird. Gez. Lanfing.

Eine Erklärung der polnischen Volksregierung.

(WZB.) Warschau, 23. Nov. Die polnische Volksregierung der neuen polnischen Republik hat eine Erklärung veröffentlicht, in welcher betont wird, sie sei dem Volke entnommen und habe ihre Gewalt von den Arbeitern und Bauern erhalten, sie wolle die Interessen von Millionen von Arbeitern vertreten und ihren Willen vollziehen. Die konstituierende Versammlung werde aus allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Proportionalwahl aller Bürger und Bürgerinnen über 21 Jahren hervorgehen. Der Wahltermin ist auf den letzten Sonntag des Januar 1919 festgesetzt. Die hauptsächlichste Aufgabe werde sein, alle polnischen Lande und die, welche freien Anschluß an Polen suchen, zu vereinigen, und alle die ungeseligen Beschränkungen unserer Unterbrüder rücksichtslos zu tilgen bei Vermeidung aller Streitigkeiten auf nationalem oder konfessionellem Gebiet. Mit den Staaten sollten freundschaftliche Beziehungen erstrebt werden, die endgültige Festsetzung der Grenze würde auf der Friedenskonferenz geschehen. Für den Grenzschutz soll durch die Bildung eines Heeres gesorgt werden. Das Verhältnis zu den Nachbarstaaten solle sich nicht auf Macht und Annektionismus gründen, sondern auf Anerkennung der beiderseitigen Interessen und auf friedliche Lösung der Streitfragen. Vorübergehende Grenzstreitigkeiten sollen nicht zu erbitterten Kämpfen führen.

Die Italiener beanspruchen deutsch-österreich. Gebiet.

(WZB.) Wien, 24. Nov. Die Blätter melden aus Innsbruck: In Südtirol stehen nun zwei italienische Armeen. Oberkommandant ist General Pecore-Giraldi. In Bozen kommandiert General Marietti. In den südlichen Gemeinden des Bezirks Bozen werden alle deutschen Aufschriften entfernt. In Margreid gibt es bereits eine Straße Vittorio Emanuele. Die italienischen Behörden haben in den Gemeinden Südtirols bis zum Brenner Plakate anbringen lassen, aus denen mit unzweifelhafter Deutlichkeit hervorgeht, daß die Italiener beabsichtigen, Deutsch-Südtirol dauernd zu beherrschen. Die Deutschen Südtirols werden bereits als Staatsangehörige Italiens behandelt. Mehrmals wird von der unabänderlichen Zusammengehörigkeit des Landes mit Italien gesprochen. Die Deutschen Südtirols werden Untertanen Italiens genannt. Italienische Schulen sind vorgesehen im Etschtal, Eisacktal, Grödenertal, Acheiztal und Enneberg, gemischtsprachige Schulen in den gemischt-sprachigen Gegenden. Wenn die deutschen Gemeinden deutsche Schulen halten wollen, ist das auf eigene Kosten gestattet. — (Das sind die Vertreter des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten. Die Franzosen und Italiener wie die Südslaven haben nur im Sinn, deutsche Siedlungsgebiete an sich zu reißen. Die Schriftl.).

Die südslavisch-italienischen Gebietsstreitigkeiten.

(WZB.) Laibach, 25. Nov. Wiener Korr. Bureau. In einer Vollversammlung der südslavischen sozialistischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Besetzung slowenischen Bodens durch italienische Truppen protestiert und die Einverleibung Triests und des ganzen Küstenlandes mit Ausnahme von Triaul in einen südslavischen Staat gefordert wird. Die südslavische Nationalregierung hat die serbische Regierung aufgefordert, gegen das Vorgehen der italienischen Armeen bei der Entente zu protestieren. Ferner wird sie schleunigste Einrichtung einer provisorischen einheitlichen Staatsgewalt für ganz Südslavien verlangen.

Besetzung deutsch-mährischer Städte durch die Tschechoslowaken.

(WZB.) Wien, 25. November. (Meldung des Wiener Tel. Korr.-Bureau). Die Besetzung deutsch-mährischer Städte in Nord- und Südmähren durch die Tschechoslowaken dauert an. Die Städte Pohrlitz und Pulnek sind besetzt. Die deutsche Volkswehr und die Gemeindeorgane sind verhaftet. In Pohrlitz sind Plünderungen vorgekommen.

Amerikanische Vorbereitungen für den „Völkerbund“

(WZB.) Washington, 25. Nov. (Reuter.) In einer Rede im Marineauschuß des Repräsentantenhauses erklärte der Leiter des Marinebauwesens Admiral Taylor, daß im Juli 1920 die amerikanische Marine mehr als zweimal soviel Schiffe haben werde, als zu Beginn des Krieges. Der Hauptteil, des Zuwachses werde auf Zerstörer entfallen. Für 100 Zerstörer seien jetzt die Aufträge vergeben. 240 würden während der nächsten 18 Monate (?) gebaut werden. Der neue Dreadnought „Idaho“ werde in ungefähr zwei Monaten in Auftrag gegeben werden, andere wie die Tennessee und die California seien jetzt im Bau zwei andre würden im Sommer 1920 fertig sein. Das Programm verlange außerdem 29 U-Boote.

Spanien und der Völkerbund.

(WZB.) Madrid, 25. Nov. (Ag. Havas.) In der Kammer Sitzung am Freitag beantragte Gasset den Eintritt Spaniens in einen Völkerbund nach Wilsons Grundsätzen. Graf Romanones erwiderte, die Regierung nehme den Vorschlag an, vorausgesetzt, daß Spanien in seinen diplomatischen Fragen volle Freiheit erhalte. —

(Spanien will eben sein Gibraltar wieder haben, und wenn ihm das nicht wiedergegeben wird, dann nützt ihm der Völkerbund nichts. D. Schriftl.).

Vermischte Nachrichten.

Das Gehalt eines österr. Armeoberkommandanten.

(WZB.) Wien, 25. Nov. Die Zeitung „Abend“ veröffentlicht eine Akte, aus der hervorgeht, daß der frühere Kaiser sich in seiner Eigenschaft als Armeoberkommandant einen Betrag von jährlich 1 1/2 Kronen hat auszahlen lassen. Die Bewilligung dafür wurde Ende Mai 1918 vom Jahrlamt des Kriegsministeriums mit rückwirkender Kraft gegeben und der Kaiser ließ sich auf diese Weise noch 2 1/2 Monate nachzahlen. — Die „Arbeiterzeitg.“ bemerkt dazu, daß der Kaiser die Gebühren auch für November bezogen hat, trotzdem er das Oberkommando am 2. November niederlegte und bezeichnet als Mitschuldige dieses Mißbrauchs den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes Plener und das österr.-ung. Ministerratspräsidium.

Wenn Wilson nach Europa kommt.

(WZB.) Paris, 25. November. (Drahtlos). Peffit Parisien meldet: Präsident Wilson wird, wenn er nach Europa kommt, in einem französischen Hafen und nicht in einem englischen Hafen landen. Die Abreise ist auf den 4. Dezember festgesetzt. Prinz Murat hat sein Palais in der Rue-de-Nonceau zur Verfügung des Präsidenten während seines Aufenthalts gestellt. Das Angebot wurde von der amerikanischen Botschaft angenommen.

Der Kriegsverlust Amerikas an Handelsschiffen.

(WZB.) Washington, 23. Nov. (Reuter.) Das Handelsamt veröffentlicht den Verlust von 145 amerikanischen Passagier- und Handelsdampfern mit 354 449 Tonnen Schiffsraum durch feindliche Tätigkeit von Beginn des Krieges bis zur Einstellung der Feindseligkeiten. 775 Menschen sind dabei umgekommen. 19 Schiffe gingen mit 67 Menschenleben durch Torpedos, Minen und Geschützfeuer vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verloren.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. November 1918.

Das Eiserne Kreuz.

Georg Pfeiffer von Holzbronn hat das Eiserne Kreuz erhalten.

Spar- und Konsumverein Calw.

Am Sonntag nachmittag von 2 Uhr ab fand im „Badi'schen Hof“ die Generalversammlung des Spar- und Konsumvereins statt. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und gab einen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr, worauf vom Vorstand der Rechenschaftsbericht erstattet wurde. Danach betrug der Ladenumsatz 137 977 M. (im Vorjahr 130 363 M.). Die Reserven wurden um 2700 M. gestiegen und betragen heute 16 870 M. Die Mitglieder erhalten eine Rückvergütung von 7 Prozent und einen Zins von 5 Prozent auf die vollen Geschäftsanteile (1 Anteil 50 M.). Die Mitgliederzahl ist um 19 auf 1010 gestiegen. Während des Krieges stießen 51 230 M. als materieller Nutzen in die Taschen der Mitglieder zurück. Mit einer Mahnung an die Mitglieder, dem Verein weiterhin die Treue zu bewahren, schloß der Vorsitzende die 2 1/2 Stunden dauernde Versammlung.

Die Notwendigkeit der Kohlenersparnis.

Infolge des erzwungenen übereilten Rückmarsches unserer Fronttruppen haben wir über den Rhein verschiedentlich Notbrücken schlagen müssen. Die Rheinwasserstrake ist dadurch für 14 Tage vollkommen gesperrt. Die Kohlenlieferungen nach Württemberg werden auf mindestens 3 Wochen aussetzen. Es muß also gepart werden. Die vorläufige Regierung bereitet deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, die für die kommenden Wochen den Verbrauch von Licht, Wärme und elektrischer Kraft aufs Schärfste einschränken. Gewerbebetriebe, Bureaus, Kanzleien, Schulen und Läden müssen ihre Arbeitszeit auf die hellen Tageszeiten verkürzen. Die Polizeistunde wird auf neun Uhr abends festgelegt. Straßenbeleuchtung wird um 10 Uhr außer Betrieb gesetzt. Sobald die Kohlenkrise vorüber ist, werden die Beschränkungen aufgehoben. Die Regierung muß von der gesamten Bevölkerung unbedingtes Einhalten der neuen Bestimmungen verlangen. Die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsbetriebs unseres Landes hängt davon ab, daß jeder spart, wo er kann. Der geordnete Rückzug unseres tapferen Heeres legt uns diese Einschränkungen auf, wir können ihnen so zu einem kleinen Teil unseren Dank abstatten. Frankreich drängt unerbittlich hinter unseren Truppen her. Jedes Pfund geparte Kohle bedeutet einen deutschen Gefangenen weniger.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Velschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Seid eingedenk der Heldentaten

unserer heimkehrenden Krieger!

R. Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute zu dem Darlehens-Kassenverein Liebelsberg, e. G. m. u. H. in Liebelsberg eingetragen:
In der Generalversammlung vom 1. Mai 1918 wurde an Stelle des verstorbenen Josef Koller der Schmiedmeister Karl Steimle in Liebelsberg als Vorstandsmitglied bestellt.
Den 25. November 1918.

Oberamtsrichter Schwarz.

Bekanntmachung
betreffend unerlaubte Entfernung.

Als Soldaten, Mannschaften wie Offiziere, welche sich unerlaubt von ihren Truppenteilen entfernen, setzen sich der Bestrafung aus, und haben keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten, Verpflegung und Quartier. Unteroffiziere und Mannschaften gehen ihrer Entlassungsgebühren verlustig.

Wer von seinem Truppenteil abkommt, hat sich sofort bei der nächsten Militärbehörde (Garnisonkommando, Bahnhofskommandantur usw.) zu melden. Diese sorgen für Weiterbeförderung zum Ersatztruppenteil oder geordnete Entlassung in die Heimat entsprechend den Bestimmungen.

Wer bereits in der Heimat ist, hat sich sofort bei der Ortsbehörde oder wenn Meldeamt oder Bezirksfeldwebel am Orte ist, bei diesem militärisch anzumelden. Angehörige der Jahrgänge 1898 und 1899 haben sich sofort beim nächst gelegenen Ersatztruppenteil ihrer Waffe zu melden.

St. G. R. 13.: Der S. Mat
v. Stroebel, Generalmajor. J. A.: Fischer.

Bekanntmachung

Württ. Kriegsministeriums.

Nr. 12423 R. 18. M. H.

Eine Anzahl mit Geschlechtskrankheiten befallener Militärpersonen hat sich eigenmächtig aus den Lazaretten entfernt, ohne geheilt und ansteckungsfrei geworden zu sein.

Dieselben werden aufgefordert, sich innerhalb zweier Tage zur Wiederaufnahme des Heilverfahrens in ihren Lazaretten zu melden, wibrigensfalls unter Nennung ihres Namens öffentlich vor ihrem Ausgang gewarnt wird.

Stuttgart, den 22. Nov. 1918.

Der Leiter des Kriegswesens:
Fischer.

Lagerräume.

Für die Lagerung von Maschinen, Materialien, Fahrzeugen usw. bis zur künftigen Abgabe an die Bevölkerung werden große Lagerräume (leerstehende Fabriken und Magazine usw.) und offene Plätze innerhalb Württembergs je möglichst mit Bahnanschluß zu mieten gesucht. Angebote sind zu richten an die Abteilung für Waffen und Feldgerät des Kriegsministeriums, Stuttgart, Olgastraße 13.

Stuttgart, den 21. Nov. 1918.

Württ. Kriegsministerium.
Fischer.

Strohsäcke
und **Matraken**

für die Einquartierung empfiehlt

Emil G. Widmayer, Bahnhofstraße
Telephon 15.

Christbäume

zu kaufen gesucht gegen Kassa

zirka 2000 Stück Kottannen,

" 500 " Weißtannen

in allen Größen, auch kleinere Posten werden angenommen.

Angebote nimmt entgegen

Fritz Groß zum „Scharfen Eck“ in Calw.

Einfachblizen

sind zu haben bei
W. Entenmann.

Für Schuhmacher!
Lederwalze

noch gut erhalten, zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 200 an die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Spar- und Consumverein Calw und Umgegend

e. G. m. b. H.

Rechnungsabschluss

für das 12. Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1917 bis 30. September 1918.

Bilanz.

Vermögen:		Schulden:	
Kassenbestand	662.33	Geschäftsguthaben der Mitglieder	20 757.44
Bankguthaben	15 480.72	Reservefonds	6 107.19
Wertpapiere	11 790.—	Besondere Reserven	8 068.44
Geschäftsanteile:		Geschäftsschulden:	
G. E. G. Hamburg	5 000.—	Spareinlagen	2 995.45
Verlags-Gesellschaft Hamburg	392.75	Mitgliederrabattguthaben	6 898.85
L. A. G. Stuttgart	300.—	Kaution	250.—
Spar- u. Konsum-Verein Stuttgart	30.—	Lieferanten und Anzahlungen	
Warenbestand	22 540.—	auf Kohlen	5 482.42
Inventar	3.—	Reinertrag	7 320.57
Ausstände für Kohlen	1 676.56		
	57 875.36		57 875.36

Mitgliederstand:

Stand am 1. Oktober 1917	991
Neueingetretene im Laufe des Jahres	42
	1033
Ausgeschieden durch Wegzug und Kündigung	17
" " " " " " " " " " " "	6
" " " " " " " " " " " "	23
Somit Stand am 30. September 1918	1010

Die Haftsumme der Genossen vermehrte sich um M 20 770.— und betrug am 30. September 1918 M 50 500.—. Die Geschäftsguthaben vermehrten sich um M 5 712.55 und betragen am 30. September 1918 M 20 757.44.

Calw, den 24. November 1918.

Spar- u. Consumverein Calw u. Umgegend

e. G. m. b. H.
Vorstand: Sch. ag. J. Knecht
Kontrollleur: Rummelin.

Note Kreuz-Lose

à 2 Mark, Ziehung 4. Dezember, Hauptgewinn 25 000 Mark usw., bei

Friseur Witz, Marktplatz.

Holzbrunn.

Eine gute
Nutz- und Schaff-



samt Kalb

steht dem Verkauf aus
Friedrich Ruh.

Neubulach.

Eine gute neumelkige
Nutz- und Fahr-



steht dem Verkauf aus
F. Fischer.

Monakam.

Eine schöne, ältere
Schaff-



6 Liter Milch gebend, ob. 1 trächt.
Kalbin

verkauft, weil überzählig
Jakob Schrotz, der Obere.

Geschäfts-Empfehlung.

Meiner werthen Kundschaft von Calw und Umgegend mache ich die Mitteilung, daß ich

mein Geschäft von jetzt ab wieder in unveränderter Weise weiterführen werde.

Ausführung sämtl. Malerarbeiten

Zugleich empfehle ich mich

im Weißnen mit Kalk und Leimfarbe.

Ich bitte ergebenst um höflichste Berücksichtigung.

Hochachtungsvoll

Fr. Berner, Malermeister.

Kohlerstal.

Eine gute
Nutz- und Fahr-



39 Wochen trüchtig, hat zu verkaufen
Martin Dürr.

Zuverlässiger

Heizer

im Bedienen von Zentralheizungen erfahren, sofort gesucht.

Spöhrer'sche
Höhere Handelsschule.

Unterreichenbach.

Zu verkaufen

ein neuer, feiner Seidenhut (Chapeau-claque), Kopfwerte 55.
S. Wurster.

Kleiner, gebrauchter

Ofen

mit Rohr zu kaufen gesucht.
G. Ziegler, Drehermeister.

Althengstett, den 24. November 1918.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß meine liebe Frau, unsere liebe treubeforgte Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin



Rosa Schradi,
geb. Frohmaner,

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 29 Jahren sanft im Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Gatte: Karl Schradi mit seinen 2 Kindern.

Beerdigung Mittwoch Nachmittag 2 Uhr.

Windhof, den 23. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an dem unvergeßlichen Verluste unserer lieben Tochter, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante



Lina Schürle,

sowie deren lieben Sohne

Friedrich

sagen wir unseren innigsten Dank. Ganz besonders danken wir für die vielen Blumenpenden für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, für den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Schülern, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte

die trauernden Hinterbliebenen.

Liebenzell, den 26. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben, unvergeßlichen Bruders, Schwagers und Onkels



Pionier
Christian Maier

für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Müller, sowie für die zahlreiche Beteiligung des verehrlichen Kriegervereins und der Bürgerschaft bei der Trauerfeier sprechen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen.

1a. buchene Holzkohlen

stets großes Lager.

Bei Abnahme größerer Quantitäten billige Preise
Emil Ketter, Weildersta. t.

Heilt den Verwundeten!
Württ. Rote Kreuz-Geld-Lotterie
Ziehung 4. Decbr. 1918.
2400 nur bare Geldgewinne zusammen Mark

58000
Hauptgewinn Mk.
25000
10000

Losse zu 2 Mark.
6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk., Porto u. Liste 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Verkaufsstellen u. Lotterieleitungen
J. Schweickert
Stuttgart, Marktstr. 6.
Fernsprecher 1921.

Hier bei: W. Wenz; J. Obermatt; W. Mitzel; in Weilderstadt: Sullius Käthy.

Suche noch 1-2

Mädchen oder Frauen

zum polieren.

Marmorwerk Leinach.

Dienstmädchen!

Für einen kleinen Haushalt (3 Personen) wird ein tüchtiges Mädchen gesucht.

Näheres zu erfragen in der Geschäftsst. ds. Bl.

Mädchen-Besuch.

Ein tüchtiges, selbständiges

Mädchen

das kochen und die Haushaltung versehen kann, wird gesucht.

Frau Postsekretär Hiller, Bischoffstr. 459.

Dienstboten gesuche

sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der grösste Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet. ---

Einfach möbliert, heizbares

Zimmer

sofort gesucht.
Angebote unter E. M. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein bis zwei gutmöblierte

Zimmer

suche ich sofort zu mieten.
Eisenbahninspektor Kober.

Wohnung

von 4-5 Zimmern

bis 1. April zu mieten gesucht.
Angebote unter B. 302 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Auf 1. Dezember oder später habe ich ein

heizbares Zimmer

nebst Bühnenkammer zu vermieten.
S. Leufhardt.

Calw, den 25. November 1918.

Todes-Anzeige.

Berwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Gattin und treubeforgte Mutter, Schwester, Schwieger-tochter, Schwägerin und Tante



Christiane Lorch,

geb. Traub,

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 41 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

der Gatte: Friedrich Lorch, Gärtner,
mit seinen 3 Kindern;

Familien Lorch und Traub.

Beerdigung Mittwoch 2 Uhr.

Calw, den 25. November 1918.

Dankfagung.

Für die überaus große, herzliche Teilnahme an dem uns betroffenen herben Verluste unserer guten, treubeforgten Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter Schwägerin u. Tante

Nanele Müller

für die schönen Blumenpenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Schmid, sowie den Ehrenträgern sagen wir unsern innigen Dank

die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Konrad Müller mit Familie.

Alzenberg, den 21. November 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unserer lieben, treubeforgten, unvergeßlichen Mutter, Großmutter und Tante



Christine Hefelschwerdt,

erfahren durften, für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, für die vielen Kranzpenden, besonders für die trostreichen Worte des Herrn Predigers, für den erhebenden Gesang des Gesangsvereins und den Herren Ehrenträgern sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Hefelschwerdt.

Zu kaufen gesucht



Landhaus mit Garten

hier oder in der Umgebung, womöglich in der Nähe vom Bahnhof.

Solches, wo noch zur Erstellung eines Warenschuppen mit bequemer Einfahrt Platz vorhanden, wird bevorzugt.
Off. unt. S. S. 5487 an Rudolf Wisse, Stuttgart.